

1 **Initiativantrag an den Bundesparteitag**

2

3

4 **KONSEQUENZEN AUS DER BUNDESTAGSWAHL 2009 ZIEHEN**

5

6 Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2009 mit 23,00 Prozent der
7 Zweitwählerstimmen das schlechteste Wahlergebnis seit Bestehen der
8 Bundesrepublik erzielt. Sie hat seit 1998 ca. 10 Millionen Wählerstimmen verloren.

9 Die SPD befindet sich folglich in der schwersten Krise ihrer Nachkriegsgeschichte.
10 Ihre Eigenschaft als Volkspartei ist von den Wählerinnen und Wählern in Frage
11 gestellt worden. Erforderlich ist jetzt eine intensive Diskussion über die Gründe
12 dieser historischen Wahniederlage. Klar ist schon jetzt: Ein „weiter so“ kann und
13 darf es nicht geben.

14 Eine radikale inhaltliche, strategische, personelle sowie organisatorische
15 Neuausrichtung der Partei ist dringend geboten. Alle Kräfte der Partei, auf jeder
16 Gliederungsebene, müssen an dieser Erneuerung mitarbeiten und in diesen Prozess
17 eingebunden werden.

18 Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei finden. Wir werden uns als
19 Oppositionspartei neben den Grünen und der Linken profilieren müssen. Hier nicht
20 nur zu bestehen, sondern auch die Führung in der Opposition zu beanspruchen, wird
21 ein schwieriger Weg.

22 **Inhaltliche Erneuerung**

23 Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns
24 trotz eines engagierten Wahlkampfes die richtigen Inhalte des Regierungsprogramms
25 nicht abgenommen.

26 Eine zentrale Ursache des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der
27 Agenda 2010. Hierbei wurden große Teile der Prinzipien und der Kernkompetenzen
28 der SPD aufgegeben.

29 Insbesondere in der Entwicklung und Umsetzung der Gesetze für moderne
30 Dienstleistungen am Arbeitsmarkt lässt die SPD eine Ausrichtung auf die
31 Kernkompetenz „Soziale Gerechtigkeit“ in vielen Bereichen komplett vermissen.

32 Beispielsweise fallen Arbeitslose nach verhältnismäßig kurzer Zeit in die
33 Grundsicherungsleistungen, auch wenn betreffende Personen zuvor langjährig
34 beschäftigt gewesen sind und dementsprechend mehr in die Kasse der
35 Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Durch die stringente Unterteilung
36 zwischen Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II, auch in der behördlichen
37 Zuständigkeit, wurde zudem eine soziale Klassifizierung geschaffen. Das
38 sogenannte „Hartz 4“ ist seither noch eine Steigerung des Stigmas Arbeitslosigkeit,
39 was durch das Prinzip Fördern und Fordern noch negativ verstärkt wurde. Dieses
40 Prinzip pauschalisiert die Annahme, dass Hartz 4-Empfänger für ihren Weg in die
41 Arbeitslosigkeit selbst verantwortlich seien, während Unternehmen durch diverse

1 Lockerungen des Kündigungsschutzes, wie z. B. der Liberalisierung von
2 Zeitverträgen, aus der Verantwortung zur Erhaltung von Arbeitsplätzen genommen
3 wurden.

4 Darüber hinaus finden sich nicht nur in der grundsätzlichen Einführung von Teilen
5 der Arbeitsmarktreformen eklatante Fehler hinsichtlich einer Zugrundelegung des
6 höchsten Leitziels der SPD, der „Sozialen Gerechtigkeit“, sondern ebenso in der
7 konkreten Umsetzung.

8 Leiharbeiter verdienen in vielen Unternehmen für die gleiche Arbeit deutlich
9 weniger als die Stammebelegschaft. Außerdem weist das Sozialgesetzbuch II in
10 seinen Kernpassagen Interpretationsspielräume auf, die eine einheitliche und
11 praktische Anwendung dieser Regelungen unmöglich machen. Beispiele hierfür sind
12 die Bedarfsgemeinschaft, Mehrbedarfe und Zumutbarkeit. Hier gibt es für die
13 Bürgerinnen und Bürger keine Rechtssicherheit sondern Unsicherheit.

14 Auch die pauschale Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ohne die
15 Berücksichtigung der unterschiedlichen Berufsgruppen und deren Belastungen trägt
16 zu einer sozialen Ungerechtigkeit in Deutschland bei.

17 In allen o.g. Bereichen wirken sich die Agenda 2010 sowie die Rente mit 67
18 unmittelbar auf das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger aus. Diese Auswirkungen
19 sind oft mit Unsicherheiten, einem Gefühl der Ungleichbehandlung und fehlender
20 Wertschätzung verbunden.

21 **Wir müssen deshalb die gesamte SPD-Regierungsarbeit seit 1998 und**
22 **insbesondere die Agenda 2010 kritisch aufarbeiten und den**
23 **Paradigmenwechsel unserer Partei unter Schröder rückgängig machen.**

24 Wir müssen uns von einer reinen technokratischen Sicht auf die Reformen
25 verabschieden. Der Blickwinkel muss um die Praktikabilitätsebene und um die eben
26 angedeutete Gefühlsebene unmittelbar und mittelbar Betroffener erweitert werden.
27 Nur so können Änderungen vorgebracht werden, welche die Sicht auf den Nutzen
28 der Agenda 2010 nicht durch die gefühlte und auch reale soziale Ungerechtigkeit,
29 die mangelnde Praxistauglichkeit oder sonstige Widrigkeiten vernebeln, sondern
30 eine sozialdemokratisch verträgliche Ausrichtung haben – bei gleichzeitiger
31 Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

32 Die bisherige antisozialdemokratische Umsetzung der Agenda 2010 und die
33 zögerliche bis nicht-vorhandene Bereitwilligkeit zu Änderungen, um o. g. Zuständen
34 entgegenzuwirken, hat der SPD ihr Profil genommen und eine Entfremdung zu ihrer
35 Stammwählerschaft bewirkt. Dies bestätigen fast zwei Drittel unserer ehemaligen
36 Stammwähler und Stammwählerinnen. Die Folge sind unzählige verlorene Wahlen
37 in den letzten Jahren. Der Umstand, dass selbst die FDP uns mit der Erhöhung des
38 Schonvermögens bei der Grundsicherung hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit
39 vorführen kann, spricht für sich.

40 Doch damit ist es noch nicht getan. Selbst wenn die SPD sich wieder ihren
41 Prinzipien nähern wird, so müssen Worten auch entsprechende Taten folgen. Zwar
42 hatte die SPD in den letzten Jahren durchaus Themen in ihrem Programm, die auf
43 dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit fundierten, doch wurde in der
44 Regierungsarbeit zu oft eine andere Politik verfolgt, als vorher versprochen.

1 Wer sich im Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und mit der Politik der Agenda
2 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnsektors befördert, der
3 hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das gilt auch für andere Entscheidungen. Im
4 Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
5 eingesetzt, zwei Monate später haben wir sie sogar deutlicher erhöht als vorher von
6 der Union gefordert. In programmatischen Reden steht die SPD für eine öffentliche
7 Daseinsvorsorge, im Regierungshandeln haben wir uns für die Privatisierung der
8 Bahn eingesetzt. In der Finanzkrise fordern wir eine stärkere Regulierung der
9 Finanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung wurden bestehende Regulierungen
10 drastisch gelockert. Hinzu kamen weitere Fehlentscheidungen in der Innenpolitik:
11 Das Erstarken der Piratenpartei bei den JungwählerInnen ist nicht zuletzt auf die
12 Entscheidung für unsinnige Netzsperrungen, die Vorratsdatenspeicherung und die
13 Ausweitung von Online-Durchsuchungen zurückzuführen. Spätestens seitdem ist die
14 SPD auch im Bereich der BürgerInnenrechte nicht mehr der Garant für Freiheit.

15 Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung
16 vielfach nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren
17 Fehlentscheidungen lag. Es funktioniert eben nicht, einerseits im SPD-
18 Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern, und andererseits
19 die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen.

20 **Strategische Erneuerung**

21 Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der
22 Linkspartei hat die SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist
23 dadurch bei der Koalitionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-
24 gelb-grün) abhängig. Beide Koalitionsoptionen sind in der Bevölkerung und
25 insbesondere bei SPD-Anhängerinnen und Anhängern unbeliebt. Zudem konnte man
26 den Wählerinnen und Wählern bei der zurückliegenden Wahl nicht erklären, wie
27 Politik für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit ausgerechnet mit der FDP in der
28 angestrebten rot-gelb-grünen Koalition hätte umgesetzt werden können.

29 Ein SPD-Kanzlerkandidat, der nicht Kanzler werden kann, weil er von vorneherein
30 die einzig realistische Koalition ausschließt, überzeugt die Menschen nicht. Das ist
31 zumindest ein strategisches Dilemma. Natürlich ist ein Zusammengehen mit der
32 Linkspartei auf der Bundesebene nicht ohne weiteres möglich. Die SPD muss nun
33 aber einen Diskurs gemeinsam mit der Partei “Die Linke“ einleiten, um
34 Möglichkeiten für eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten. Dazu gehört
35 ebenso, den Ländern, in denen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der
36 programmatischen Nähe die Möglichkeit für Koalitionen links von Union und FDP
37 möglich sind, keine Steine in den Weg zu legen.

38 So wurde viel Vertrauen auch durch den Wortbruch Andrea Ypsilantis nach der
39 Landtagswahl in Hessen 2008 verspielt. Sich hier vor der Wahl in die dargelegte
40 Sackgasse zu manövrieren und jede Zusammenarbeit mit der Linkspartei
41 auszuschließen, war ein Fehler, der sich nicht wiederholen darf.

42 Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen Wählerinnen
43 und Wählern entfremdet. Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den
44 nächsten vier Jahren zum Ziel haben, auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich
45 den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengangenes

1 Vertrauen zurückzugewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein den engen
2 Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu üben. Denn nur durch das Gewinnen
3 von Bündnis- und Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr linkes
4 Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung wieder als vertrauenswürdige Kraft
5 der sozialen Gerechtigkeit etablieren. Dies bedeutet den Abschied von einem
6 Marketing der Politikinhalte und leeren Phrasen wie „Unser Land kann mehr“ hin zu
7 einer an Vertrauen orientierten Politik. Nicht nur Wahlkampf, sondern langfristige
8 Vertrauensarbeit in und mit der Zivilgesellschaft gibt der SPD eine langfristige
9 Perspektive!

10 **Personelle und organisatorische Erneuerung**

11 Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch personelle Ursachen.
12 Wir konnten als Sozialdemokratie nicht vermitteln, warum diejenigen Personen, die
13 jahrelang marktradikalen Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine
14 soziale, entgegengesetzte Politik machen sollen. Große Teile der Parteiführung
15 haben sich bis heute nicht von den Fehlern der SPD-Regierungspolitik distanziert,
16 sondern verteidigen noch immer stur die damaligen Entscheidungen.

17 Die notwendige Erneuerung der Partei muss eine personelle Erneuerung bedeuten.
18 Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für einen Neuanfang stehen. Daher muss
19 eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über das künftige Spitzenpersonal
20 geführt werden.

21 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den Mitgliedern
22 vorbei durchgesetzt worden oder bestehende Entscheidungen, wie etwa der
23 Parteitagsbeschluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln
24 einfach ignoriert. Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von
25 ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es
26 auch einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr
27 innerparteilicher Demokratie führen muss. Die SPD muss ihre Stärke als
28 Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer
29 Mitglieder organisiert. Entscheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln, die
30 den Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten.

31 Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich sein und
32 Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität auf
33 Kommunal-, Landes- und schließlich auch auf der Bundesebene gewinnen.